

# Berliner Tageblatt



Nr. 558

und Handels-Zeitung

Freitag, 25. November 1921

Druck und Verlag von Rudolf Moller in Berlin.

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

## Der italienisch-albanische Bündnisvertrag

### Die Befriedigung in Italien.

Die angelegte Friedensförderung. — Scharfe Sprache der Presse gegen Südslawen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 25. November.

Der neue „Vertrag von Tirana“ wird hier als eine schlagende, faktisch-rationale Antwort auf den Südslawenvertrag bezeichnet, die wie man hier annimmt, in Belgrad und auch anderswo nicht unbeachtet bleiben werde. Er spreche, so erklärte man mir, der notwendigen Verteidigung der materiellen und Prestigeinteressen Italiens, zumal angeht es die in Belgrad immer gefallenen Hinweise, daß Südslawen nunmehr gegenüber Albanien eine neue Politik einleiten müsse. Gegenüber dieser Stimmung in Südslawien sei eine scharfe Antwort, oder besser noch: eine **Lektion nötig**, und zwar habe Italien sofort reagieren müssen, ohne die Dinge allzu lange hinzuziehen. In anderen Kreisen ist man eher etwas vorsichtig. Man fürchtet Zwischenfälle, die nachdem die südslawisch-französischen Bindungen vorliegen, unter Umständen nicht ungefährlich verlaufen könnten. Ein von interessierter Seite organisierter Einfall von Komitatstschin in Albanien oder Ereignisse ähnlicher Art können z. B. die schlimmsten Folgen heraufbeschwören. Zu alledem kommt noch die große Energie und die Sensibilität des faschistischen Regimes, dessen Gebuld zumal gegenüber Südslawen, aber auch gegen andere Nachbarn, erschöpft sei und das sich nicht ungestraft brüskieren lasse.

Die öffentliche Meinung, soweit sie in der Presse zum Ausdruck kommt, preißt den neuen Vertrag natürlich in hohen Worten. Sie hebt den Ton der „unmissverständlichen Offenheit und Ehrlichkeit und Loyalität“ hervor, den Benito Mussolini in die internationale Politik eingeführt habe. Wenn dieser Ton überall Nachahmung fände, würde nicht allein Italien daraus Vorteil ziehen. „Der neue Tirana-Vertrag“, sagt der „Apolo de Roma“, „stellt vor allem unsere internationalen Direktiven bei jenen ausländischen Kreisen klar, welche die wahren Ziele der italienischen Außenpolitik nicht immer zu verstehen zeigten, und zwar ist diese Klärung zugleich eine Feststellung unseres Friedenswillens, da ja der neue Tirana-Vertrag einzig und allein gemeinsame Verteidigung gegen Dritte bezweckt.“ Auch der

„Messaggero“ erklärt, daß der zweite wie der erste Tirana-Vertrag ein Element der Kontinuität darstelle, daß die faschistische Regierung unter Führung und Impuls Mussolinis in der Weltpolitik entwickele. Dies sei eine Politik, die lediglich der Friedenssache dienen soll. Der neue Vertrag, der einfach eine Ergänzung des früheren Freundschaftsvertrages sei, beweise, daß Italien entschlossen ist, Albanien Unabhängigkeit und Souveränität (?) gegen etwaige Angriffe und Attentate zu verteidigen. Aus alledem erweise sich übrigens auch, wie sehr die frühere Situation häßlich sei, daß es sich bei dem ersten Vertrage um eine Art italienischer Protektorat gehandelt habe. Vielmehr wachse heute das albanische Prestige auf dem Balkan und in Europa ungemein, wo auch Albanien künftig eine Aufgabe des Friedens und Zivilisation zu erfüllen habe. Auch in Belgrad (sicherlich der „Messaggero“, wie dies auch der „Apolo di Roma“ tut, voll zuzustimmen) werde man die Wahrheit dieser Sätze zweifellos einsehen, wenigstens ließen die gemeinsamen Erklärungen Marintowitsch in der Kammer dies erhellen.

Auch der Mailänder „Apolo d'Italia“, dessen Direktor befanntlich Mussolinis Bruder Arnaldo ist, befaßte sich im Leitartikel mit Serbiens angeblicher „Aventurerei“. Er erklärt, daß Serbien der wunde Punkt Europas sei, der am meisten Beforgnisse wachrufe. Der Fehler sei gewesen, daß man, von England abgesehen, bisher die Serben als Europäer betrachtet habe, während sie weit tiefer stünden (!) Serbien sei ein parlamentarischer Staat zum Schaden und werde tatsächlich von jenen Generalen regiert, die den König Alexander und die Königin Draga ermordeten, und der König lasse ihnen freie Hand. Was der Generalstab wolle, gelte, denn es gebe außer ihm kein anderes Serbien. Der für die Auffassung der leitenden Kreise lehrreiche Artikel schließt mit der Ansicht, daß der Pariser Vertrag Serbien mit seinen von Dorzisten behaltene Form. Im Gegenteil würden die Serben alles tun, um Frankreich in irgendein tragisches Abenteuer hineinzuziehen, um alsdann ihren maßgebendsten Mann verwickeln zu können, nämlich Groß-Serbien von der Adria bis zum Schwarzem Meer, unter Beschutze Bulgariens und womöglich Annexion des julianischen Benevents durch einen Krieg mit Italien. Sobald der günstige Augenblick gekommen sei, werde die militärische Rolle das Land in das Abenteuer führen. **Dieses Tag, der sicher kommen werde, müsse man mit der Ruhe der Starren erwarten** und vorher vor aller Welt die Wahrheit über die Politik des alten und neuen Serbien enthüllen. (Siehe auch Seite 2.)

## Strefemann und Schiele.

Zu dem „Vorabkommen“ mit Polen.

Von

Paul Steinborn.

Man muß es unter den obwaltenden Umständen sicherlich als ein Verdienst Dr. Strefemanns rühmen, daß er die Verhandlungen mit Polen zunächst wenigstens bis zu dem Ergebnis geführt hat, das soeben der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden ist. Es gibt bei uns und es gibt in Polen tatkräftige und potente Leute, die diese Verhandlungen mit dem Segensspruch begleiteten, daß der deutsche Außenminister und Herr v. Jadowitz nach einer kurzen Aussprache über das Weiter möglich und soch wieder voneinander Abschied nehmen möchten. Diese Hoffnung ist allerdings berechtigt worden, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil Dr. Strefemann begreiflicherweise die außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Vorteile einer vertraglichen Regelung der Handelsbeziehungen beider Länder dem vertraglosen Zustand vorzieht. Darum hat er sich trotz der gebundenen Marschroute, der er zu folgen hatte, nach Kräften und nicht ohne Erfolg darum bemüht, daß der neu angepönnete Frieden nicht so leicht wieder riß. Doch das darf nicht darüber täuschen, daß im Grunde vorerst recht wenig erreicht worden ist. In dem peinlich sorgsam stilisierten offiziellen Communiqué vom Mittwoch wurde nämlich mit vielen Worten nur gesagt, daß Vorbesprechungen darüber zum Abschluß gekommen seien, daß demnächst weitere Besprechungen stattfinden sollen. Nein, seien wir ganz genau: man ist sich auch über die Grundzüge einig geworden, die gelten sollen, sobald zu irgendeinem nicht näher bezeichneten Termin die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Delegationen aufgenommen werden. Man soll gewiß nicht behaupten werden, daß die jetzt abgeschlossenen Vorbesprechungen nicht etwa demnach von großer symbolischer und materieller Bedeutung gewesen wären. Man weiß jetzt, worüber man zunächst zu sprechen haben wird. Um nur eines anzuführen: Die Polen haben für die Zollfrage einen Umrechnungskurs des Zloty von 80 Pfennigen festgesetzt, weil sie sich eine Revalorisierung des Papierfußes vorbehalten haben. Unter diesen Voraussetzungen müßten aber zu ziemlich alle 1500 Positionen des polnischen Zolltarifes absolut prohibitiv wirken. Die Klarstellung der Frage, ob die Polen an einem solchen Umrechnungskurs auch für die Erhebung der Zollabgaben festhalten, ist eines der wichtigsten, zunächst zu regelnden Probleme. Jedenfalls müssen die polnischen Zollsätze gebunden werden, weil sonst die Zollmauer unüberwindlich würde. Doch das ist nur eine Einzelheit von vielen. Wesentlicher ist im Augenblick, daß es über die in Aussicht genommenen Delegationsverhandlungen in dem offiziellen Communiqué nur heißt, ihr Ziel werde sein, „so schnell wie möglich zu einer Ausbeugung der beiderseitigen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen zu kommen“. Das Ziel sollte nach allgemeiner Annahme aber der endliche Abschluß eines Handelsvertrages sein, und das zu sagen wird ausdrücklich vermieden. Will man nur die Aussicht auf ein Provisorium eröffnen? Man hat den Eindruck, daß die bereits erwähnten tatkräftigen und potenten Leute noch immer sehr tatkräftig und potent am Werke sind...

Was sie auf polnischer Seite in der nächsten Zeit tun und nicht tun, hat für uns nur ein indirektes Interesse, obgleich solche Dinge, wie die Anforderung polnischer Wälder, nach Abschluß eines Vertrages die deutschen Waren zu boykottieren, gerade von denen in Deutschland unbeachtet gelassen werden können, die sich dagegen wenden, daß das liebliche Spiel bald „gut fortgeschritten“ und „sinnvoll wieder „stodender“ Verhandlungen von neuem beginnt. Aber es ist ja auch nicht nötig, daß den Unentwegten in Polen auch in Zukunft im gegebenen physiologischen Augenblick immer das erforderliche und gern verwertete Material geliefert wird. Und darum ist einiges zu dem gegenwärtigen Stand der Dinge bei uns bemerkenswert.

Da wären gleich zwei Details zu erwähnen. Zunächst muß wohl ein Wort zu der Wahl des früheren Reichsfinanzministers Dr. Hermes zum deutschen Verhandlungsführer gesagt werden. Man wird es ablehnen, sich mit dem wenig schönen Zutrittenspiel zu befassen, das Herr Hermes sehr zum Erkennen aller in den Vordergrund besördert hat. Die Beobachter richten sich auch gar nicht so sehr gegen seine Person. Dr. Hermes hat den Verhandlungen im Enquete-Ausschuß vom Juni dieses Jahres präsiert, in welchem gerade auch der Vertrag mit Polen zur Erörterung stand, und ihm sollte die Materie ja auch fernest als Reichsfinanzminister nicht fremd geblieben sein. Wir halten es aber für einen ungemein schweren taktischen Nachteil, daß er als Vertrauensmann der Deutschen Nationalen, der heftigsten Gegner des Vertrages mit Polen in die Verhandlungen gehen würde, und wir hoffen, daß er das rechtzeitig noch selber erkennt. Ein zweites Hemmnis rascher Verhandlungen besteht sodann leider darin, daß niemand weiß, was der deutschnationalen Minister für Landwirtschaft, Schiele, für die neuen Verhandlungen als sein Mindestprogramm bezeichnet. Hat er sich den Standpunkt der Land- und Forstwirtschaft der letzten Zeit zu eigen gemacht, in denen auf die Frage „Wieviele polnische Schweine?“ das Echo „Kein!“ kam? Hat er allmählich erkannt, daß ein Vertrag eine Zufuhr polnischer Schweine bestimmten Umfangs bringen wird, und hat er sich damit abgefunden? Man weiß es nicht, und wenn man in seinem Ministerium nachfragt und erlärternd hinzufügt, daß die Erörterung dieser Fragen doch nicht zuletzt auch im Interesse der Landwirtschaft liege, dann wird die Antwort kühl lächelnd abgelehnt. Herr

## Die verlagten Kleinrentnerrechte.

Worte und Taten der Regierungsparteien. — Ein paar Zahlen.

Von

[Stadbrud verboten.]

Dr. Kütz, Reichsminister a. D.

Die Verhandlungen des specialen Ausschusses des Reichstags über den demokratischen Gehaltswort zur Rentnerversorgung bedeuten für die hoffenden Rentner eine bittere Enttäuschung. Nachdem auf der letzten Sitzung des Deutschen Rentenbundes die Redner der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei sich stark gemacht hatten für eine möglichst beschleunigte und befriedigende Regelung dieses dringenden Problems, stimmten sie jetzt der von der Regierung verlangten Vertagung bis zur Haushaltsplanberatung zu.

Der Reichsarbeitsminister trat selbst auf den Plan. Er gab die Schuld an den nicht wegzuleugnenden Mifständen nicht dem jetzigen System der Fürsorge, sondern der Handhabung durch die ausführenden Behörden. Die Reichsregierung werde daher unverzüglich die noch ausstehenden Restbeträge, der im Haushalt 1927 für die Kleinrentner vorgesehenen 25 Millionen Reichsmark an die Kleinrentner auszuschießen. Sie sei auch bereit, alsbald im Zusammenwirken mit den Landesregierungen durch Ergänzung der reichsgerichtlichen Bestimmungen den Kleinrentnern die erforderliche Handhabe zu sichern, den Fürsorgestellen gegenüber ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Sie werde auch im Einvernehmen mit den Ländern von dem ihr durch Artikel 15 der Reichsverfassung eingeräumten Aufsichtsbrecht Gebrauch machen, um die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften über die Kleinrentnerfürsorge sicherzustellen. Diese Ausführungen gehen an dem Kern des Problems vorüber. Die Frage ist einfach die, an ein Stelle der Fürsorge der Rechtsanspruch auf Rente gegeben werden soll. Gewiß ist diese Frage auch von finanzieller Bedeutung, aber doch nicht so, daß hieran die Regelung des Problems scheitern dürfte. Ich schähe die zunächst einsehende Mehrbelastung auf 137 Millionen Mark. Diese Belastung wird aber eine stark sinkende Tendenz haben, denn 75 Prozent der Kleinrentner befinden sich in einem Alter über 60 Jahren und 43 Prozent in einem Alter über 70 Jahren.

Die Hoffnung der Aufwertungspartheien, daß durch die Vorzugsrente ein großer Teil der Rentner aus der Fürsorge auscheiden werde, hat sich als ein gewaltiger Trugschluß erwiesen. In Würzburg zum Beispiel, wo der Gesamtanfang für Kleinrentnerfürsorge 431 000 Mark betrug, wurden durch die Vorzugsrente nur 9326 Mark erspart. Gleichartig liegen die Verhältnisse in anderen Städten, so daß man die Zahl der durch die Aufwertung aus der Fürsorge ausgeschiedenen Rentner nur auf etwa 3 Prozent annehmen darf. Bei dieser un-

genügenden Auswirkung der Aufwertung bleibt kein anderer Weg, als durch rechtlich gesicherte Verpflegung zu helfen. Es mag an manchen Stellen von den Behörden bei der Ausübung der Rentnerfürsorge nicht nachgemacht verfahren werden, so allgemein, wie der Herr Reichsarbeitsminister das tut, kann das jedoch nicht behauptet; im Gegenteil, viele Stellen arbeiten durchaus mit warmem und weitem Herzen, aber sie sind durch die gesetzlichen Vorschriften gehemmt und zu dringenden Maßnahmen gezwungen. Alles das kann nur durch gesetzliche Begründung eines Rechtsanspruchs auf Rente beseitigt werden.

Es gibt weite Kreise, die können sich mit der Notwendigkeit sozialpolitischer Fürsorge nicht abfinden. Vor nicht so langer Zeit prägte Dr. Silberberg das Wort: „Deutschland steht im Begriff, aus dem Extrem des Ordnungs- und Polizeistaates der Vorkriegszeit in ein anderes Extrem, in den Futurismus der „hinterwäldler“ zu fallen.“ Es mag in der Tat auf manchen Gebieten der Wohlfahrtspflege das warme menschliche Herz etwas zu wenig vom gefunden sozialpolitischen Verstand reguliert werden, aber es werden sich alle, die es angeht, an den Gedanken gewöhnen müssen, daß die sozialen Aufwendungen des heutigen Deutschland zwangsläufig viel höher sein müssen als früher. Wenn wir 786 000 Kriegsehebedürftige, 370 000 Kriegswitwen, 917 000 Vollwaisen und 225 000 Eltern haben, die durch den Tod des Sohnes unterstützungsbedürftig wurden, und wenn wir 400 000 Menschen haben, die nach einem arbeitsreichen Leben sich durch die Inflation an den Bettelstab gebracht sehen, dann lassen diese erschütternden Zahlen für niemand einen Zweifel an der Notwendigkeit einer weit ausgreifenden Hilfe. Es gehört wahrhaftig zu den primären Pflichten des Staates, diese Notstände zu lindern.

Der demokratische Gehaltswort nimmt durchaus Rücksicht auf die bedrängte Finanzlage des Reichs, der Länder und Gemeinden. Reichstümer sind es bei Gott nicht, die mit den Kleinrentnern verschaffen wollen, aber ein Existenzminimum müssen sie haben. Trauen in den Veranlassungen können die Parlamentarier den Mund nicht voll genug nehmen mit Zulagen, wenn es dann aber gilt, wenigstens den praktischen Versuch der Lösung zu machen, dann setzt ein Zögern und Schwanken ein, als ob nicht schon seit Monaten Zeit gewesen wäre, sich über die einschlägigen Fragen schlüssig zu werden, wenn man nur gewollt hätte. Das Reichsarbeitsministerium hat oft einen starken und gefunden sozialen Sinn betätigt, hoffentlich wirkt er sich rasch und entschlossen auch bei der gegenüberliegenden Behandlung der Verpflegung der unglücklichen Menschen aus, deren tragisches Schicksal von niemandem erkannt werden kann.

*Im Beifinden des Reichsministers a. D. Dr. Birich ist keine Änderung eingetreten. Der Reichstag hat sich nach der gefirgten Kleinrentnerfürsorge verhaltenmäßig müde und hat eine folgende Lage nicht vertrieht. Zwar haben die Schmärgen in Form weiter geschlossen, doch bleibt der Kern voraussichtlich bis Montag noch geschlossen.*